

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 13693.** — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 10/21 — **Telephon 4596**

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. **Reklame-Kolonelle** 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721 **Schluss der Inseraten-Aufnahme** für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Ortschaften brauchen einen Linksputsch.

München, 4. Juni. Eigene Drahtmeldung der L. V. Die Einwohnerwehr versucht mit Provokationen die Arbeiterklasse aufzuspüren, um dann beweisen zu können, daß die Einwohnerwehr unentbehrlich ist. In einzelnen Orten werden Flugblätter mit der Aufforderung zum Generalkrieg verbreitet, und zwar mit den Unterschriften von Arbeiterorganisationen — u. a. war eine Ortsgruppe der USPD unterzeichnet, die gar nicht existiert. Auch die Bezirksleitung der USPD stellt sich, daß diese Flugblätter nicht von ihr ausgehen. Aufcheinend handelt es sich um eine provokatorische Spielerei, deren Zweck nur allzu durchsichtig ist. Unser Münchner Parteiorgan Der Kampf richtet deshalb an die Arbeiterklasse die Aufforderung, nur bei Karolen ihrer von ihr selbst eingeleiteten Bestrebungen zu folgen.

### Heldentaten der Hafenzweiger.

München, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der am Donnerstagsabend stattgefundenen Versammlung des republikanischen Schutzbundes sprach der rechtssozialistische Landtagsabgeordnete Saenger über Hochschule und Republik. Es kam, wie immer in solchen Versammlungen, zu wüsten Redereien, hervorgerufen und organisiert durch Hafenzweiger, die mit Gummirollen ausgerüstet waren. Es gelang, die Rednerbühnen an die Luft zu setzen. Der Regisseur der Versammlungsgesellschaft war ein Polizeibeamter, der im Polizeirevier der Münchner Polizeidirektion angestellt ist. Nach Schluss der Versammlung wurde der Referent auf dem Heimweg von fünf Hafenzweigern überfallen und mit Säcken verprügelt. Die Polizei kam, wie stets in solchen Fällen, erst nachdem die heldenmütigen Hafenzweiger bereits verschwunden waren, obwohl in unmittelbarer Nähe zwei Schutzleute postiert gewesen sind, die die Sirene gehört haben mußten.

### Die Bergarbeiter fordern die Sozialisierung.

Gießen, 4. Juni. (L. V.) Den Schluss der Giesener Tagung des Alten Bergarbeiterverbandes bildete ein Referat des Bergarbeiterführers Hué, der die Verschlebung der Sozialisierung durch Regierung, Reichstag und Reichswirtschaftsrat als eine Provokation der Bergleute bezeichnete. Ein wenig bekanntes ist die Veranlassung zur Sozialisierung. Die Generalversammlung verlangt von der Regierung, daß sie dem Reichstag ein Gesetz vorlege, wodurch den Privatkapitalisten das Verfügungsrecht über die Bodenschätze entzogen wird. — Ein Antrag der „Radikalen“ auf Einschränkung der sechsstündigen Arbeitszeit wurde mit großer Mehrheit abgelehnt mit der Begründung, daß diese Frage nur international geregelt werden könne und daß Deutschland mit seinen gewaltigen Verpflichtungslieferungen an die Entente an die sechsstündigen nicht denken könne.

### Konflikt zwischen Regierung und Staatsbeamten in Italien.

Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Rom wird dem Tageblatt gemeldet: Nachdem es die Regierung abgelehnt hatte, die Forderung der Staatsbeamten zu erfüllen, die ohne Rücksicht auf Grad und Tätigkeit eine monatliche Gehaltserhöhung von 200 Lire verlangt, was für den Staat eine Mehrausgabe von Anfangs 7 Millionen und später 2 Milliarden Lire bedeuten würde, haben sämtliche Staatsbeamte und Angehörige beschlossen, sofort in den Obstruktionsstreik einzutreten, der besonders dem öffentlichen Verkehrsleben beträchtliche Verwirrung bringen dürfte. Die Regierung wird, so heißt es dort, im Bewußtsein der Unterstützung durch die gesamte öffentliche Meinung fest bleiben und sich zu keinen Konzessionen bereit finden, da die Forderung der Beamten den Staatshaushalt in unverantwortlicher Weise belasten müßten.

### Die österreichische Regierungskrise.

Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Wien wird gemeldet: Die angekündigten Beratungen der Wiener christlich-sozialen Parteileitung mit den christlich-sozialen Vertretern der Länder haben gestern begonnen. Durch sie wird eine Klärung der gegenwärtigen Aufregung über die Taktik in der Anschlussfrage und über die übrigen prinzipiellen politischen Fragen erzielt werden. Man hofft, daß diese Einigung gelingen wird. Trotz der noch bestehenden Differenzen innerhalb der christlich-sozialen Partei sei doch bei den Christlichsozialen aus den Ländern der Wunsch vorhanden, jede Verzögerung der ausländischen Kreditation zu verhindern und darum auch einen Kabinettswechsel zu vermeiden. Noch zuverlässigen Nachrichten dürfte der Kanzler Mayr im Kabinett verbleiben und nur unwesentliche Änderungen in der Zusammenlegung des Kabinetts vornehmen. Die Krise wird voraussichtlich bis Mitte nächster Woche gelöst sein.

### Erst Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren, dann Aufhebung der Sanktionen.

Strasbourg, 3. Juni. (D. A.) Die Rhein-Agentur meldet aus Paris: Briand erklärte erneut verschiedenen Abgeordneten gegenüber, daß die Aufhebung der April-Sanktionen unmittelbar erfolgen werde, wenn die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr durchgeführt ist. Die englische Regierung sei über diese Absicht Frankreichs informiert und billige sie vollkommen.

Jeder Tag der weiteren Aufrechterhaltung der Sanktionen bedeutet eine schwere Schädigung und Hemmung des deutschen Wirtschaftslebens. Die volle Verantwortlichkeit dafür fällt schon heute auf die bayerische Regierung, die noch keinen Finger gerührt, um die ihr angeblich so treu ergebenen Einwohnerwehren aufzulösen, und auf die Reichsregierung, die noch keinen Finger gerührt hat, um der faulfeigen bayerischen Regierung Weine zu machen.

Übrigens scheint die englische Regierung in dieser Frage nicht ganz so konform mit der französischen zu sein, wie Briand es darstellt. Es hat vielmehr den Anschein, daß sie nach wie vor die französische Verschleppungstaktik zu durchkreuzen sucht, wie aus folgender Wolff-Meldung hervorgeht:

Paris, 3. Juni. Der diplomatische Berichterstatter der Chicago Tribune teilt mit, daß die Forderung, über das Datum für die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und über die Aufhebung der Zollgrenze am rechten Rheinufer zu einem Uebereinkommen zu gelangen, die wahre Ursache dafür sei, daß England auf dem sofortigen Zusammentritt des Obersten Rates bestche. Die amerikanische Meinung teile den Standpunkt der Engländer, Italiener und Japaner, daß die Erhebung der Zehnjährigen Abgabe längs des Rheins dem deutschen Außenhandel schädlich sei.

### Allmähliche Demobilisierung in Frankreich.

Paris, 3. Juni. Petit Parisien berichtet, daß gut die Hälfte der Jahressklasse 1919 demobilisiert worden sei.

### Forderungen der streikenden Arbeiter in Norwegen.

Christiania, 3. Juni. Die Streikleitung hat der Regierung ein Schreiben überhandt, in dem die Einführung einer Betriebskontrolle verlangt wird, die durch den Industrierrat, bestehend aus Vertretern der betreffenden Arbeiter, ausgeübt werden soll. Dem Industrierrat soll das Recht zustehen, den Betrieb und die Abrechnungen zu kontrollieren. Ohne Zustimmung des Industrierrates soll kein Betrieb eingestellt werden dürfen. Weiter wird die Bewilligung von 30 Millionen Kronen zur Unterstützung der Arbeiter verlangt. In dem Schreiben wird die Regierung zum sofortigen Handeln aufgefordert, da ein Ausschub verhängnisvoll werden könnte. — Aus mehreren Orten werden belanglose Unruhen gemeldet. In Christiania ist alles ruhig. Die Verhandlungen betreffend den Seeleutekonflikt werden fortgesetzt.

### Der Streik der englischen Bergarbeiter. Verschärfung des Ausnahmezustandes.

Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wir bereits gemeldet, hat die englische Regierung mitgeteilt, daß die Truppen, welche bei Beginn des Bergarbeiterstreiks mobilisiert wurden, wieder entlassen werden sollen. Lloyd George hat an die Unternehmer einen Aufruf erlassen, in dem er bittet, den Entlassenen möglichst Arbeit zu geben. Gleichzeitig mit dieser milderen Maßnahme hat die Regierung aber dem Unterhaus eine Ergänzungsvorlage zu dem Gesetz über den Belagerungszustand eingebracht. Der Zusatzantrag bestimmt, daß aufrührerische Reden bestraft werden sollen. Dieser Antrag hat schärfste Opposition im Unterhaus gefunden, wurde aber angenommen. Die Grubenbesitzer haben gestern der Regierung erklärt, daß sie den Einigungsvorschlag annehmen. Es ist aber zu erwarten, daß die Bergarbeiter die Vorschläge der Regierung, insbesondere den Vorschlag auf eine schiedsgerichtliche Regelung ablehnen werden. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß die Bergarbeiter und die Grubenbesitzer miteinander ohne Mitwirkung der Regierung in direkte Verhandlungen treten werden.

London, 4. Juni. Sodas hat offiziell mitgeteilt, daß die Vertretung des Bergarbeiterverbandes die Regierungsbedingungen abgelehnt hat.

### Freispruch des Kapitanleutnants Neumann.

In dem Verfahren gegen den Kapitanleutnant a. D. Karl Neumann, der am 26. Mai 1917 im Tyrhenischen Meer ohne Warnung ein englisches Bazarettschiff torpedierte und dabei 6 Menschen tötete, beantragte der Oberreichsanwalt Freisprechung und Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse, weil der „Serr Besudigte“ nur in Ausübung eines rechtmäßigen Befehls gehandelt habe.

Das Gericht pflichtete den Ausführungen des Oberreichsanwalts und des Verteidigers bei und sprach den Angeklagten frei. Die Kosten einschließlich der Auslagen des Angeklagten werden auf die Reichskasse übernommen.

Wir werden auf die Verhandlungen und das Urteil noch zurückkommen.

### Die Gewerkschaftsinternationale der Taf.

F. H. Die verhängnisvollen Folgen des Osterputsches werden auf die kommunistische Taktik in den Gewerkschaften nicht ohne Einfluß bleiben. Viele Mitglieder, die sich bisher der kommunistischen Agitation sympathisch gegenüber verhalten haben, weil sie in ihr die Fortsetzung einer gesunden Opposition erblickten, werden nun diese Taktik mit kritischen Augen ansehen. Immer weniger werden die Kommunisten mit ihren Ideen Anklang finden können, da sie — selbst in sich gespalten — kaum eine zielfähige Gewerkschaftstaktik aufbringen werden.

In diesem Augenblick ist es für die USPD-Gewerkschafter unbedingt geboten, mit ihren gewerkschaftlichen Anschauungen mehr als bisher wieder auf dem Plan zu erscheinen. Haben wir uns bisher zurückgehalten und in dem Kampf gegen Moslaux Theorien oftmals an die Seite der Rechtssozialisten stellen müssen, so geschah das aus dem Grunde, weil wir es nicht verantworten konnten, die großen Organisationskörper, die die Gewerkschaften darstellen, um jener Theorien willen zerpfücken zu lassen. Haben wir uns auch deswegen in der Frage Amsterdam oder Moskau risikolos für Amsterdam entschieden, so haben wir das getan, um damit zu dokumentieren, daß wir den Wert großer Organisationen für die Entwicklung der Arbeiterbewegung anerkennen.

Es hat sich aber meines Erachtens eine starke Ueberschätzung der Amsterdamer Internationale in den Kreisen unserer Parteigenossen bemerkbar gemacht. Deswegen ist es notwendig, einmal mit aller Genauigkeit festzustellen, was wir von dieser Internationale zu erwarten haben.

In den leitenden Stellen dieser Internationale und besonders in den Stellen, die durch Deutschland vertreten sind, sitzen jene Leute, die die Kriegspolitik der Nationalsozialisten munter mitgemacht haben und die — soweit es eben Deutsche sind — auch zum größten Teil für die rechtssozialistische Politik nach der Revolution mit verantwortlich gemacht werden müssen. Heute, wo die Gewerkschaften wieder in eine gewisse Opposition zu den bestehenden Staatseinrichtungen gedrängt worden sind, verstehen diese Leute durchaus radikale Töne anzuschlagen. Auch finden sie radikale Töne, wenn es gilt, die Gewerkschaftsmitglieder der anderen Länder aufzurufen, ihnen beizustehen.

Aber wir sind es gewöhnt von der alten Gewerkschafts- und auch von der politischen Internationale, daß sie durchaus radikale Grundsätze und Beschlüsse proklamieren. Das hat sie eben nicht gehindert, im Augenblick der Gefahr diese Beschlüsse vollkommen unbeachtet zu lassen.

Die geistige Einstellung der jetzt führenden Leute in der Gewerkschaftsinternationale läßt es uns nicht zweifelhaft erscheinen, daß auch im Moment des Konflikts mit höheren Gewalten ein kompromissloser Ausweg gesucht werden wird, was natürlich nur zum Schaden der Mitgliedschaften sein kann. Die grundsätzlichen Bedenken gegen diese Männer liegen nicht darin, daß man verpflichtet wäre, sie für persönlich unehrenhaft und feige zu halten, sondern darin, daß sie von dem Wesen der gewerkschaftlichen Bewegung eine unsern Grundfragen abweichende Anschauung haben. Sie sehen die Gewerkschaftsbewegung mehr oder minder als Selbstzweck an. Auf Grund ihrer Theorien glauben sie, durch den Wirtschaftskampf in den Berufsverbänden allein jene große Tätigkeit ausüben zu können, die die Arbeiterklasse zur Befreiung führen muß. Deshalb sind jene Gewerkschaftsführer leicht geneigt, den Kampf um unsre Ideen in den Gewerkschaften für etwas nicht Notwendiges, ja sogar Schädliches, zu halten, und sie sträuben sich immer wieder dagegen, in den Gewerkschaften eine gewisse politische Beeinflussung der Mitglieder vorzunehmen oder zuzulassen.

Unsre Auffassung dagegen geht einen andern Weg. Wir erkennen in der gewaltigen und großen Gewerkschaftsbewegung, die wir wie sie in jeder Weise stützen und unterstützen wollen, nur einen Teil jener umfassenden Bewegung der Arbeiterklasse, die in immer zielbewußterer Entwicklung fortschreitet. Wir wünschen durchaus die gewerkschaftlichen Massenorganisationen. Wir wünschen sie schon deswegen, weil im Kampf um die Erringung der politischen Macht nur eine auf der möglichst größten Lebenshöhe gehaltene Arbeiterklasse den Sieg erringen kann, und um dieses Lebenshöhe ständig zu wahren, um den Kampf gegen ein wächtiges Unternehmertum in Abwehr und Angriff ständig führen zu können, dazu gebrauchen wir die Gewerkschaften.

Wir können aber nicht darauf verzichten, in diesen Gewerkschaften eine politische Beeinflussung in unserm Sinne zu entfalten; im Gegenteil: wir müssen, soviel es irgend geht, den Gewerkschaftsfreunden klar machen, daß mit dem Gewerkschaftskampf allein keine endgültigen Siege errungen werden können. Immer wird es der politischen Einwirkung bedürfen, um auf die Dauer gewerkschaftliche Erfolge sicherzustellen.

Es wird nun in letzter Zeit soviel davon gesprochen, daß zur Lösung dieser und jener Fragen politischer Natur eigentlich nur